

**Selbständiger Antrag der Abgeordneten zum Vorarlberger Landtag
Klubobmann Dieter Egger, Freiheitliche, Klubobmann Michael Ritsch, SPÖ, und
Klubobmann Johannes Rauch, Die Grünen**

Beilage 122/2010

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 17. November 2010

**BETREFF: NEIN zu Inseraten von landeseigenen und landesnahen
Gesellschaften in parteinahen Medien**

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Sitzung des Vorarlberger Landtages vom 17. November 2010 wurde im Zuge der parlamentarischen Behandlung einer als dringlich namhaft gemachten Anfrage zum Thema Wirtschaftsförderung auch die Praxis der Inseratenwerbung durch Gesellschaften, an denen das Land Vorarlberg wesentlich beteiligt ist, heftig diskutiert.

Der Vorarlberger Wirtschaftsbund, eine Vorfeldorganisation der Vorarlberger Volkspartei, ist Herausgeber des Magazins „Vorarlberger Wirtschaft“ das jährlich 8x erscheint. Einen nicht unerheblichen Teil zur Finanzierung dieses Magazins lukriert der Vorarlberger Wirtschaftsbund über den Verkauf von Inseraten.

Es ist auffallend, dass in den jeweiligen Ausgaben der „Vorarlberger Wirtschaft“ immer wieder Gesellschaften, an denen das Land Vorarlberg wesentlich (25 % und mehr) beteiligt ist, Inserate in diesem Magazin schalten und somit indirekt Mittel des Landes zum Wirtschaftsbund und somit zur ÖVP fließen. Wir halten diese Praxis für inakzeptabel und erachten es für notwendig, dass in Hinkunft die Landesregierung Inseratenschaltungen landeseigener Unternehmen in Medien, die einer Partei oder einer Partei-Vorfeldorganisation als Herausgeber oder Medieninhaber zuzuordnen sind, untersagt.

Ein erfolgreiches Marketing verlangt selbstverständlich nach Werbetätigkeiten. Wenn sich allerdings die landeseigenen Unternehmungen um eine entsprechende Präsenz in Printmedien bemühen, so darf das nicht in parteinahen Magazinen oder Zeitungen geschehen.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages nachstehenden

ANTRAG:

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, dass in Hinkunft Inseratenschaltungen und andere Formen von Quersubventionierungen von Gesellschaften, an denen das Land Vorarlberg wesentlich (25 % und mehr) beteiligt ist, in Magazinen und Zeitungen, die einer Partei oder einer Partei-Vorfeldorganisation als Herausgeber oder Medieninhaber zuzuordnen sind, eingestellt werden.“

LAbg. KO Dieter Egger
LAbg. KO Michael Ritsch
LAbg. KO Johannes Rauch

**Mit den Stimmen der Abgeordneten der ÖVP-Fraktion mehrheitlich
abgelehnt in der 1. Sitzung des XXIX. Vorarlberger Landtags am
02.02.2011 (dafür FPÖ, Grüne und SPÖ).**